

## Konferenz der Oppositionsparteien

Zu einer "All-Parteien-Konferenz" (APC) versammelten sich am 16. August 1987 etwa 250 Delegierte in Lahore. Insgesamt waren 13 Parteien repräsentiert. Bereits im Vorfeld der Zusammenkunft hatten u.a. die "Tehrik-i-Istiqlal", "Jamiat-i-Ulema-i-Pakistan" und die "Parlamentarische Oppositionsgruppe" eine Teilnahme abgelehnt. Eine Abschlusserklärung wurde sowohl von der "Pakistan Peoples Party" (PPP) als auch von der "Awami National Party" (ANP) nicht unterschrieben. Beide Parteien zählen zu den Hauptkräften der "Bewegung zur Wiederherstellung der Demokratie" (MRD). So muß der Versuch, 1 1/2 Jahre nach der Aufhebung des Kriegsrechts, alle Parteien, die nicht offen mit der Militärregierung Zia-ul-Haqs kooperier(t)en, an einen Tisch zu bekommen, als gescheitert angesehen werden. Nicht eingeladen waren lediglich die 1986 als "Regierungspartei" übernommene "offizielle" Muslim-League des Premierministers Moh. Khan Junejos und die "Jamiaat-e-Islami", die einzige Partei, die auch während der neunjährigen Militärregierung aktiv sein durfte und sich auch an den parteilosen Wahlen (1985) vor Aufhebung des Kriegsrechts beteiligte.

Das Scheitern lag allerdings nicht an der von der APC verabschiedeten Erklärung, die als durchaus charakteristisch dafür anzusehen ist, wie die Opposition in Pakistan die aktuelle innenpolitische Situation beurteilt. Auf die 10 Jahre zurückblickend, die seit der Machtübernahme durch den Militärdiktator Haq (5. Juli 1977) vergangen sind, wurde festgehalten:

- daß Zia-ul-Haq den Islam zu seiner Herrschaftssicherung mißbraucht;
- daß er seine Machtposition (und damit "eine permanente politische Rolle des Militärs") und sämtliche seiner Kriegsrechtsbestimmungen durch das "sogenannte Parlament" nachträglich zu legitimieren (und für straffrei zu erklären) versuchte;
- daß damit in der jetzt wirksamen Verfassung (von 1985) weiterhin die Grundlage für eine Militärdiktatur angelegt sind.

Als Resultat dieser autokratischen Herrschaft wird die heute bestehende innere Unsicherheit und Brutalisierung der Gesellschaft angesehen. Durch die Unterdrückung jeder politischen Betätigung und Diskussion seien im Land "kommunale, regionale, Stammes- und ethnische Differenzen gestärkt und separatistische Tendenzen laut geworden". Um eine weitere Eskalation der sozialen Spannungen und der Gewalt zu verhindern, fordert die APC unverzüglich den Rücktritt Zia-ul-Haqs und die Auflösung der undemokratischen Staats- und Provinzregierungen. Eine nationale Übergangsregierung aus den am demokratischen Kampf beteiligten Parteien soll unter der Wiedereinsetzung der Verfassung von 1973 innerhalb von 4 Monaten demokratische Wahlen durchführen.

Die Absage verschiedener Parteien an die APC ist in erster Linie auf gegenseitiges Mißtrauen, persön-

lichen Zwist und insbesondere auf die Angst der "kleineren" Parteien vor einer Vereinnahmung durch die "Großen" und weniger auf Differenzen zu den in der Abschlusserklärung angesprochenen Punkten zu sehen. PPP und ANP begründeten ihren Dissens mit der Behauptung, einige Teilnehmer wollten durch eine Institutionalisierung der APC das MRD-Bündnis zerschlagen. Insofern ist der Wert der APC in erster Linie darin zu sehen, daß sie ein Forum insbesondere für die kleineren Parteien zur Vorstellung ihrer Position bot, die Zusammenarbeit von sekularen und religiösen Parteien möglich war und verdeutlichte, daß die Analyse und Forderungen, die bisher primär von der MRD vertreten wurden, einen Konsens auf breiterer gesellschaftlicher Basis darstellt.

## DEBT SERVICING



Schuldentilgung:

1977-78: 4 Milliarden Rupien  
1987-88: 37 Milliarden Rupien  
(1 DM = ca. 10 Rupien)

Fraglich bleibt jedoch, ob die Opposition im Hinblick auf das Abhalten von Wahlen, die Zurückdrängung des Einflusses des Militärs und auf freie Betätigung aller politischen Parteien ein Stück weitergekommen ist. Es zeigt sich erneut, daß sich die Opposition (wieder) in einer Phase der Orientierung befindet. Nach der Rückkehr Benazir Bhuttos fand von April bis August 1986 Politik auf der Straße statt. Ein Jahr später ist sie in den Saal zurückgekehrt.

Der Opposition fehlen weiter klare Aussagen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, zur wachsenden sozialen Ungleichheit auf dem Land und in der Stadt. Ihr fehlt eine klare Linie zu dem Verhältnis zu Pakistans Nachbarn (Afghanistan, Indien) und zu Pakistans größtem Geldgeber, den USA. Und ihr fehlt auch eine politische Strategie, sich tatsächlich an die Bevölkerung zu wenden, ihr Vorschläge zur Lösung der Probleme und zu Aktionen zu unterbreiten.

Während die Regierung weiterhin ohne breite Basis bleibt, ist die Opposition immer noch zu sehr mit sich selbst beschäftigt.

Jörg Zimmermann